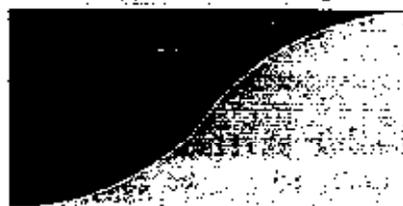


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90-38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbnd



Inhalt

33. Jahrgang / 200

17. Oktober 1978

Hans Koschnick, stellv. Vorsitzender der SPD, erinnert anlässlich der Wahl von Papst Johannes Paul II an den Anteil der polnischen Kirche am Werk der deutsch-polnischen Aussöhnung.

Seite 1/2

Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, meldet verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Zusammenlegung der Landtagswahlen auf einen Termin an.

Seite 3/4

Erwin Horn MdB, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands in Hessen-Süd, analysiert die Ergebnisse der Hessenwahl.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Papst Johannes Paul II

Der neue Papst und sein Anteil am deutsch-polnischen Versöhnungswerk

Von Hans Koschnick
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Papst Johannes Paul II hat in der Wahl seines Namens angedeutet, daß er sein Amt in die Kontinuität der kirchlichen Entwicklung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil stellen will, einer Entwicklung, der er als Person und in seinem bisherigen Wirken eng verbunden ist. Dennoch dürfte die überraschende Wahl eines Kardinals aus Polen als Symbol für neue Entwicklungen und Aufgaben des obersten Amtes der katholischen Christenheit wirken. Daß der erste nichtitalienische Papst nach Jahrhunderten aus einem traditionsreichen katholischen Land des östlichen Europas kommt, läßt erkennen, in wie umfassendem Sinn die Katholische Kirche ihre Weltverantwortung versteht. So gesehen kann diese Wahl durchaus als ein Schritt zum Überschreiten von verfestigten Blockgrenzen aufgefaßt werden.

Der neue Weg, den schon die Vorgänger des neuen Papstes gesucht und gefunden hatten, in der Form des Gesprächs einen Beitrag auch zu den drängenden Zukunftsaufgaben der

Menschheit im politischen Bereich zu leisten, kann durch die Spiritualität Johannes Pauls II wesentliche Impulse erfahren. Dieser Beitrag für Frieden, Gerechtigkeit und Aussöhnung zwischen den Menschen, der unverkennbar aus den Impulsen religiöser Überzeugung kam, verdient weltweiten Respekt.

Niemand in Deutschland kann bei der Wahl eines Polen zum neuen Papst unberührt bleiben von den Erinnerungen an die gemeinsame Geschichte des deutschen und des polnischen Volkes in guten und bösen Zeiten. Kardinal Wojtyla, der erst vor wenigen Wochen zusammen mit dem Primas der polnischen Kirche die Bundesrepublik Deutschland besucht hat, wird als Papst aber auch die Erinnerung daran wachrufen, was gerade aus der polnischen Kirche heraus für die Ermöglichung einer Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen geleistet wurde. Er selbst hatte, ohne im Rampenlicht zu stehen, großen Anteil daran.

Die Erinnerung an die Arbeit der deutsch-polnischen Aussöhnung, sowohl in den Voraussetzungen, die durch vertragliche Regelungen auf staatlicher Ebene geschaffen werden konnten, wie auch im Versöhnungswerk kirchlicher Bereiche (beider Konfessionen) und gesellschaftlicher Organisationen könnte eine Ermutigung sein für die vielfältigen Aufgaben des Ausgleichs und der Vermittlung, die dem neuen Papst aufgebürdet sind. Es ist zu wünschen, daß er die hierzu erforderliche Unterstützung findet. Die deutschen Sozialdemokraten wünschen ihm Mut und Kraft für sein Amt.

(-/17.10.1978/ks/hgs)

+ + +

Zusammenlegung von Landtagswahlen ?

Ein gut gemeinter Vorschlag, der verfassungsrechtlich nicht praktikabel ist

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Immer nach Landtagswahlen ist die Frage diskutiert worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Landtagswahlen entweder mit der Bundestagswahl zusammenzulegen oder sie in der Halbzeit der Legislaturperiode des Bundestages durchzuführen. Die Enquete-Kommission Verfassungsreform hat sich damit befaßt und dazu folgendes ausgeführt: "Die Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern hat zur Folge, daß in den Landtagswahlkämpfen nicht nur die Politiker des betreffenden Landes, sondern auch des Bundes sowie anderer Länder engagiert sind. Da jede Landtagswahl über die Landesgrenzen hinaus politisches Interesse beansprucht und mehr oder weniger als 'Testwahl' für die Bundesregierung und die nächste Bundestagswahl gewertet wird, könnte eine Zusammenlegung der Wahltermine eine Entlastung von allzu starker Beschäftigung mit Wahlkämpfen und eine länger dauernde Phase der kontinuierlichen Sacharbeit fördern.

Die Kommission hat indes davon Abstand genommen, eine Empfehlung in dieser Richtung auszusprechen. Hierbei ging sie vor allem von folgenden Überlegungen aus: Bei einem gemeinsamen Termin für alle Landtagswahlen werden aller Voraussicht nach die bundespolitischen Akzente noch stärker in den Vordergrund treten; die gemeinsamen Landtagswahlen werden als Zwischenwahl für die jeweilige Bundesregierung bzw. die sie tragende Mehrheit gewertet. Der eigentliche Zweck einer Landtagswahl, nämlich über Gesichtspunkte und die tragenden politischen Kräfte der Landespolitik zu entscheiden, wird dadurch überlagert, wenn nicht völlig abgebaut. Eine solche Entwicklung möchte die Kommission nicht unterstützen, zumal sie sich bemüht, das politische Eigengewicht der Länder im Interesse einer ausbalancierten bundesstaatlichen Ordnung zwischen Zentralstaat und Gliedstaaten zu erhalten.

Weiterhin ist die Bestimmung des Wahltermins Sache der hierfür nach dem Landesverfassungsrecht zuständigen Landesorgane. Eine Festlegung auf Bundesebene würde einen

Eingriff in die politische Selbstgestaltung des Bundeslandes darstellen und vor allem die Berücksichtigung landesspezifischer Gesichtspunkte bei der Bestimmung des Wahltermins - wie etwa der Abstimmung mit den Kommunalwahlen - weitgehend verhindern.

Schließlich wäre eine gleiche Dauer der Wahlperiode notwendige Voraussetzung für eine Zusammenlegung der Termine der Landtagswahlen: Das würde bedeuten, daß das Saarland und Nordrhein-Westfalen ihre Wahlperiode wieder um ein Jahr verkürzen müßten. Die Koordinierungsschwierigkeiten würden aber erneut bei der Auflösung eines Landtages auftauchen und wären hier rechtlich unüberwindbar. Denn es ist rechtlich nicht möglich, das Auflösungsrecht in den Landesverfassungen zu beschränken, von Bedingungen abhängig zu machen oder seine Auswirkungen von außen verbindlich zu regeln.

Die Zusammenlegung der Landtagswahltermine hätte auch Auswirkungen auf den Bundesrat, der in Arbeitsweise und Selbstverständnis stärker einem parlamentarischen Rhythmus unterworfen würde. Dabei könnten die vom Bundesrat gewährten Elemente der Kontinuität und der Balance abgelöst werden durch eine stärker machtpolitisch verstandene Funktion im Sinne einer echten zweiten Kammer. Die Konfrontationsmöglichkeiten mit dem Bundestag würden zunehmen, vor allem dann, wenn die Mehrheiten in beiden Verfassungsorganen von verschiedenen Parteien gebildet würden."

Diese Überlegungen sind nach wie vor richtig. So zweckmäßig es erscheinen mag, die Wahlen zusammenzulegen, so ist dies doch verfassungsrechtlich nicht möglich, da die Länder aus eigenem Recht ihre Verfassung, ihre Wahlperiode und ihr Wahlrecht (im Rahmen des Art. 28 GG) selbst bestimmen. Es geht aber auch praktisch nicht, denn eine vorgezogene Wahl wie die 1972 im Bundestag oder wie die von 1970 in Niedersachsen, würde das ganze System durcheinanderbringen, hätte Auswirkungen auf alle anderen Länder und den Bund, ja man könnte mit einer gezielten Auflösung im Land die Wahlperiode im Bund und in den anderen Ländern abkürzen oder verändern. Dies ist nicht möglich, da es einen Eingriff in die originären Rechte des Bundes und der anderen Länder bedeuten würde.

(-/17.10.1978/vo-he/hgs)

+ + +

Eine Chance, die neue Aufgaben gibt

Nachlese zur Hessenwahl: Analyse und Konsequenzen

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD-Hessen-Süd

Als positiv ist bei der Hessenwahl für die Sozialdemokraten die gelungene Mobilisierung zu bezeichnen. Zwar gelang es auch der CDU weitere 50.000 Wähler an die Urne zu bringen, aber die SPD hat mit einem Plus 123.000 Stimmen die frühere Stimmdifferenz von 4,1 Prozent auf 1,7 Prozent gegenüber der CDU reduziert. Entscheidende Erfolge erzielte weiterhin die Partei in den Stadtbereichen, außer Fulda und Lahn, wo Sonderprobleme vorliegen. Der relativ hohe Stimmenanteil der SPD ist daraus zu erklären, daß potentielle SPD-Wähler unter allen Umständen eine sozialliberale Regierung unter Ministerpräsident Holger Börner erstrebten und mit ihrem Votum für die FDP auf Nummer sicher gehen wollten. Anzumerken ist weiterhin ein verhältnismäßig hoher unmittelbarer Austausch von SPD- und CDU-Wählern. Dies schlägt sich nieder vor allem in den Großstädten, Frankfurt, Kassel und Wiesbaden. Dies heißt, nicht erst über eine Drittpartei, etwa die FDP, vollzieht sich vorwiegend der Wechsel, sondern er vollzieht sich mindestens im gleichen Maße unmittelbar von der SPD zur CDU bzw. umgekehrt. Daraus erwachsen folgende Überlegungen:

- Der CDU ist es nunmehr in zwei Landtagswahlen gelungen, in Hessen stärkste Partei zu werden. Bei den letzten Bundestagswahlen 1976 blieb sie nur 0,9 Prozent unter der SPD. Dies zeigt, daß sich in den letzten acht Jahren enorme Wählerverschiebungen in Hessen vollzogen haben.
- Die CDU hat eine einheitliche und schlagkräftige Landesorganisation. Die Bildung des Landesverbandes Hessen der SPD war unumgänglich und längst an der Zeit.
- Die CDU hat in Hessen jedoch nicht nur eine starke Zentrale, sondern sie ist zugleich auch durchorganisiert bis in die kleinste Gemeinde, wobei die Kreisverbände

der CDU über eine beneidenswerte verwaltungsmäßige Ausstattung verfügen.

- Die Hessenwahl ist eine Chance für die SPD, die uns besonnene und besorgte Bürger im Bereich der fluktuierenden Wählerschichten gegeben haben - eine Chance! Der Erosionsprozeß in den letzten Jahren in unserer Partei führte langsam aber stetig zu einem verminderten Vertrauensvotum bei Wahlen. Das Ergebnis der Hessenwahl beweist, wie mühsam und schwierig der Umkehrtrend in Bewegung zu setzen ist.

Drei Grundübel sind erfolgreich angegangen worden:

- a/ die Zerrissenheit in Flügelkämpfen
- b/ die Bereinigung von Affären wie HeLaBa, Spenden usw.
- c/ Fehler in der Gebietsreform und der Schulpolitik.

Auf diesen Gebieten entscheidet sich die zukünftige Glaubwürdigkeit unserer Partei. Der von Holger Börner eingeschlagene Kurs muß weiter durchgehalten werden.

- Eine Partei, die sich zuweit vom Bewußtsein der Wähler entfernt, stellt sich selbst ins Abseits. Dies ist die Erkenntnis aus den Zahlen der letzten Wahlen.
- Die bisherigen Untersuchungen bei der Hessenwahl haben ergeben, daß die Arbeiter zu 59 Prozent die SPD und zu 39 Prozent die CDU wählen, während Angestellte und Beamte in gleichen Teilen, nämlich etwa 44 Prozent der SPD und 44 Prozent der CDU ihre Stimme gaben. Der CDU-Anteil der Arbeiter ist trotz enormer Leistungen in Bund und Ländern durch die Sozialdemokraten besorgniserregend. Hier muß eine verstärkte politische Initiative der Sozialdemokraten ansetzen.
- Es setzt wieder ein Mitgliederzuwachs ein, allerdings fast ausschließlich in der Gruppe der 30- bis 35jährigen. Die Erst- und Jungwähler haben uns mit eindeutiger Mehrheit gewählt. Von den 18- bis 25jährigen gaben 49 Prozent der SPD ihre Stimme, aber sie bleiben noch in einer skeptischen Distanz. Auf diesem Gebiet bleibt uns noch eine wichtige Aufgabe.

(-/17.10.1978/ks/hgs)

+ + +